

Der Sozialstaat in der Klemme

Trotz Wirtschaftswachstum nimmt die Arbeitslosigkeit zu

Ein ehrgeiziges Ziel hatte sich die Bundesregierung auf die Fahnen geschrieben: Bis zum Jahr 2000 wollte die Koalition die Arbeitslosigkeit in Deutschland halbieren. Beim CDU-Parteitag Ende Oktober in Hannover aber rückte Bundeskanzler Helmut Kohl erstmals von diesen hochgesteckten Erwartungen ab. „Ich wäre zufrieden, wenn wir zwei Drittel erreichen könnten“, sagte er. Auch eine derartige Tendenz zeichnet sich jedoch derzeit noch nicht ab. Nach 3,61 Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1995 (9,4 Prozent) wird für 1996 mit 3,9 Millionen (10,3 Prozent) Arbeitslosen gerechnet. Prognosen sagten lediglich 3,5 Millionen voraus. Und nach Einschätzung der Bundesanstalt für Arbeit wird selbst bei einem erhofften Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent im kommenden Jahr (1996: 1,5 Prozent) die Zahl der Arbeitslosen um 0,1 Prozent zunehmen. Das

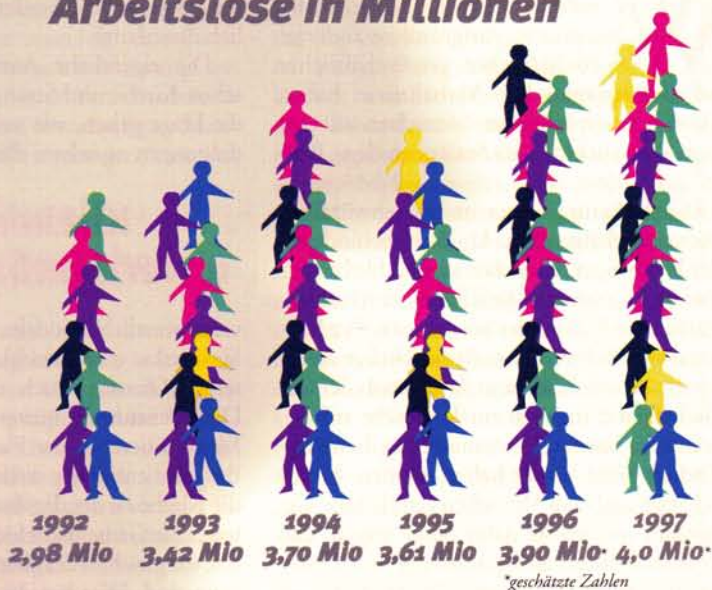
Herbstgutachten der Wirtschaftsinstitute prognostiziert zwar einen Wirtschaftsaufschwung, allerdings ohne Dynamik für den Arbeitsmarkt und begrenzt auf Westdeutschland.

Wirtschaftsfachleute sind sich darüber einig, daß der Sozialstaat umgebaut werden muß. Geburtenrückgang und Arbeitslosigkeit haben die sozialen Sicherungssysteme aus dem Gleichgewicht gebracht. Die Rente ist unsicher, und wie künftig Arbeitslosengeld, Pflegehilfe oder Krankengeld gezahlt werden sollen, bleibt eine ungelöste Frage. Bislang gehen die Reformen zum Umbau des Sozialstaats vor allem zu Lasten von Arbeitnehmern, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Rentnern und Kranken. Der Druck auf sozial Schwache und Arbeitslose jedenfalls wächst. Letztere müssen nun auch noch davon ausgehen, daß ihr Arbeitslosengeld weiter schrumpft, falls Lohnersatzleistungen besteuert werden.

Einen leichten Anstieg gab es auch bei den Langzeitarbeitslosen von 1,13 Millionen im Jahr 1994 auf durchschnittlich 1,14 Millionen 1995. Im August 1996 waren rund 1,2 Millionen Menschen ein Jahr oder länger arbeitslos. Drastisch erhöht hat sich in den vergangenen Jahren die Zahl der Empfänger von Arbeitslosenhilfe, von 528 786 im Jahr 1992 auf 981 733 im Jahr 1995.

awe

Arbeitslose in Millionen



Geschichte der sozialen Sicherheit

17. November 1881: Kaiser Wilhelm II. kündigt in einer Botschaft an, künftig sollten durch den Staat Lebensrisiken abgesichert werden – Krankheit, Unfall und die Versorgung im Alter.

1883 wird die staatliche Krankenversicherung gesetzlich geregelt.

1884 wird die erste Unfallversicherung eingeführt.

1889 folgt das Gesetz zur Invaliditäts- und Altersversicherung.

Durch die neuen Gesetze aber wird etwa nur jeder fünfte Erwerbstätige in Deutschland abgesichert, insgesamt profitiert sogar nur jeder zehnte von der sozialen Sicherheit. Heute sind rund 90 Prozent der Bevölkerung abgesichert.

1919 wird die Kriegsbeschädigtenfürsorge eingerichtet und ergänzt durch Vorschriften, durch die Arbeitgeber verpflichtet werden, Schwerbeschädigte (zunächst Kriegs- und Unfallopfer) zu beschäftigen.

1927 wird die Arbeitslosenversicherung eingerichtet und die Arbeitsvermittlung gesetzlich geregelt. Anfang der 50er Jahre knüpft man im Prinzip an das Sicherungssystem des Kaiserrechts an und baut dieses weiter aus.

1994 wird das Pflegeversicherungsgesetz verabschiedet; die Einführung erfolgt stufenweise.

rl